

Abschlussklärung des 10. Deutsch-russischen Jugendparlaments



Stiftung
Deutsch-Russischer
Jugendaustausch

Das Internet ist ein globaler Raum, der aus dem öffentlichen Lebens nicht mehr wegzudenken ist und in dem jeder Bürger Verantwortung für seine Worte und Taten tragen sollte. Das Internet sollte kein Bereich sein, in dem jedem alles erlaubt ist; im Internet sollten auch Gesetze gelten, die vom Staat umgesetzt werden. Freiheit, insbesondere Meinungsfreiheit, bildet eine Grundlage der demokratischen Rechte. Die Wahrnehmung dieser Rechte ist jedoch unmöglich, wenn nicht jeder Bürger persönliche Verantwortung übernimmt.

1. Gesetzeswidrige Inhalte sollten verpflichtend gelöscht werden. Der Mechanismus zur Erfassung und Löschung von gesetzeswidrigem und illegalem Inhalt soll gestärkt werden.
2. Wir fordern die Implementierung eines Rechtes auf Vergessen, d.h. die Löschung persönlicher Nutzerdaten auf Wunsch des Nutzers vom Server der ersten Quelle.
3. Wir treten ein für die Stärkung der persönlichen Selbstbestimmung in Bezug auf Informationen, d.h. das Recht des Einzelnen zu entscheiden, wie seine persönlichen Daten weiter genutzt werden.
4. Wir fordern allgemeine Regeln für die Veröffentlichung von Meinungen und personenbezogenen Daten, d.h. die Schaffung eines Ehrenkodex für Organisationen und staatliche Stellen.
5. Die Urheber sollten das Recht haben, durch ihr geistiges Eigentum Profite zu erzielen und selbst zu bestimmen, welchen Weg die Einkünfte aus der Veröffentlichung ihrer Werke nehmen sollen.
6. Besonders wertvolle nationale Kulturgüter sollten nur auf nichtkommerziellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.
7. Bei der Meinungsäußerung, insbesondere wenn es um politische Meinungen geht, soll die Anonymität der Nutzer gewährleistet werden.
8. Im Fall von Online-Petitionen sollten die Personen verifiziert werden können. Nach Ablauf der Petitionsfrist sind die personenbezogenen Daten zu löschen.